

**Beschluss der Landesversammlung der Europa-Union NRW  
am 15. September 2018 in Steinfurt**

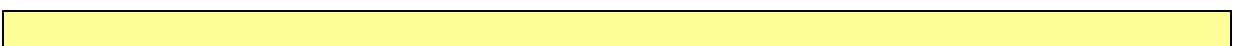


**europa-union deutschland**  
Mitwirken am Europa der Bürger

**Beschluss 4.0**

**Europas Zukunft - Welches Europa wollen wir und wie wir es erreichen können!  
- Ein Aktionsplan über die Europawahl 2019 hinaus!**

Antragsteller:	Landesvorstand der Europa-Union NRW
Ersteller:	Heinz-Wilhelm Schaumann



**Europas Zukunft ist der Bundesstaat**

Auch wenn aktuelle Entwicklungen in und außerhalb der Europäischen Union eine Debatte über einen europäischen Bundesstaat unterdrücken, gar obsolet erscheinen lassen, hält die Europa-Union NRW an ihrem langfristigen Ziel, dem Europäischen Bundesstaat, als Zukunftsprojekt für den gesamten europäischen Kontinent fest.

Die Europa-Union NRW unterstützt daher die nachstehenden Feststellungen und Forderungen, die ihr Jugendverband, die Jungen Europäischen Föderalisten, bereits in ihre Beschlusslage aufgenommen haben.

**Wir wollen ein handlungsfähiges Europa!**

Die Nationalstaaten stoßen insbesondere vor dem Hintergrund der voranschreitenden Globalisierung in vielen Bereichen an die Grenzen ihres politischen Gestaltungsspielraums. Viele Herausforderungen unserer Zeit wie die Regulierung von Unternehmen und Finanzmärkten, die Nutzung der Chancen der Digitalisierung, der Datenschutz oder die Aufnahme von Flüchtlingen lassen sich nicht mehr sinnvoll auf nationaler Ebene, sondern nur noch gemeinsam auf europäischer Ebene lösen. Besonders augenfällig ist dies im Bereich der Außenpolitik: Angesichts des Entstehens einer multipolaren Weltordnung mit neuen Mächten wie Indien und China sind selbst große EU-Mitgliedsstaaten zu klein, um ihre Interessen in der internationalen Politik erfolgreich vertreten und weltpolitisch Verantwortung übernehmen zu können. Manche Herausforderungen wie z.B. die Bekämpfung des Klimawandels lassen sich sogar nur global lösen. Gerade in diesen Fragen ist es entscheidend, dass Europa mit einer Stimme spricht. Diese Beispiele verdeutlichen: Gemeinsame Herausforderungen bedürfen gemeinsamer Lösungen. Diese Formel macht für uns Föderalisten auch den Wesenskern des Föderalismus aus. Die Europäische Union jedoch verfügt in ihrer derzeitigen Struktur nicht über die notwendigen Kompetenzen, um diese Herausforderungen meistern zu können.

Dass Teile der Bevölkerung der EU kritisch oder sogar ablehnend gegenüberstehen, liegt auch darin begründet, dass die EU in den vergangenen Jahren oft nicht in der Lage war, auf Krisen und politische Entwicklungen schnell und entschlossen zu reagieren und deren Ursachen zu begegnen. Die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise beispielsweise hat Europa in besonderem Maße getroffen und damit schmerzhaft deutlich gemacht, dass zwischenstaatliche Lösungen Krisen nur verzögern anstatt sie zu bewältigen.

39 **Wir fordern einen europäischen Bundesstaat, damit Europa handlungsfähig wird. Um**  
40 **den Stillstand in der EU zu überwinden, müssen wir die europäische Ebene mit jenen**  
41 **Kompetenzen ausstatten, die sie braucht, um handlungsfähig zu sein.**

42  
43 **Wir wollen eine europäische Demokratie!**

44  
45 Viele EU-Bürger haben das Gefühl, dass sie auf die Entscheidungen, die auf europäischer  
46 Ebene getroffen werden, keinen Einfluss haben; ja, dass sie noch nicht einmal die  
47 grundlegende Richtung der europäischen Politik mitbestimmen können. Auch das  
48 Europäische Parlament als Vertretung der Bürgerinnen und Bürger lässt eine solche  
49 Politisierung vermissen, die unterschiedliche politische Konzepte deutlich werden ließe und  
50 erkennbar machen würde, welche Politikerinnen und Politiker sowie Parteien für welche  
51 Politik verantwortlich sind. Dem Institutionengefüge der EU mangelt es an dem für  
52 Demokratien so wichtigen Wechselspiel aus Regierung und Opposition. Es fehlt an einer  
53 europäischen Regierung, die die politische Richtung vorgibt und die ihre Legitimation aus  
54 einer bei der Parlamentswahl errungenen Mehrheit der Stimmen der Bürgerinnen und Bürger  
55 schöpft. Es fehlt an einer ihr gegenüberstehenden Opposition, die die Arbeit der Regierung  
56 kritisch begleitet, Alternativen aufzeigt und Missstände anprangert.

57  
58 Dass die Leitlinien der europäischen Politik nicht von einer vom Europäischen Parlament  
59 gewählten europäischen Regierung, sondern vom Europäischen Rat bestimmt werden, ist  
60 Ausdruck eines Demokratiedefizits der Europäischen Union.

61  
62 Dass die Stärkung der demokratischen Legitimation europäischer Politik dringend notwendig  
63 ist, zeigt ein weiteres, gravierendes Problem: Aufgrund der dominanten Rolle, die die  
64 nationalen Regierungen und insbesondere die Staats- und Regierungschefs derzeit bei  
65 Entscheidungen spielen, bestimmen die Politiker eines Landes maßgeblich die Politik  
66 anderer Länder mit. Dieser Einfluss reicht bis hin zu haushaltspolitischen Fragen und  
67 grundlegenden politischen Richtungsentscheidungen. Das aber bedeutet, dass Bürger von  
68 Entscheidungen von Politikern betroffen sind, an deren Wahl sie nicht beteiligt gewesen sind.

69  
70 Mit besonderer Sorge beobachten wir als Europa-Union NRW, dass die Macht der  
71 Regierungen in Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise stetig gewachsen ist und mehr und  
72 mehr weitreichende Entscheidungen auf intergouvernementaler Ebene getroffen werden –  
73 teilweise sogar außerhalb der Institutionen der EU. Damit entzieht sich die europäische  
74 Politik in zunehmendem Maße der parlamentarischen Kontrolle. Der Europäische Rat hat  
75 sich vom Wegbereiter zum Wegbeschreiter entwickelt, lässt aber politischen Reformwillen  
76 vermissen. Durch diese schleichende Kompetenzverschiebung von Parlamenten zu  
77 Regierungen wächst das europäische Demokratiedefizit weiter. Das Europäische Parlament  
78 wird umgangen, die nationalen Parlamente werden vor vollendete Tatsachen gestellt. Ziel  
79 muss es daher sein, Entscheidungen dieser Art in die Hände transnationaler, demokratisch  
80 legitimerter und dem europäischen Gemeinwohl verpflichteter Institutionen zu legen.

81  
82 **Das europäische Parlament muss daher mit den Kompetenzen eines echten**  
83 **Parlaments ausgestattet werden, allen voran das Initiativrecht und mehr**  
84 **Entscheidungsfähigkeit.**

85  
86 Mit der unzureichenden Handlungsfähigkeit einerseits und dem Demokratiedefizit  
87 andererseits weist die Europäische Union zwei grundlegende Mängel auf, die den  
88 Fortbestand der EU gefährden, da auf der einen Seite Probleme nicht gelöst werden können  
89 und auf der anderen Seite ein Vertrauensverlust bei den Bürgern entsteht. Deshalb gilt es,  
90 diese Mängel durch eine grundlegende Neuordnung der Strukturen hin zu handlungsfähigen  
91 und demokratischen Vereinigten Staaten von Europa zu überwinden. Dabei sind beide  
92 Punkte eng miteinander verknüpft: Ein Mehr an Europa setzt zugleich auch ein Mehr an  
93 Demokratie und Transparenz voraus. **Wir fordern einen europäischen Bundesstaat,**

94 **damit aus einem Zusammenschluss von Staaten eine supranationale europäische**  
95 **(parlamentarische) Demokratie wird.**

96  
97 Im Zentrum des politischen Systems der EU steht – statt einer europäischen Regierung, die  
98 durch eine Opposition kontrolliert wird – der Europäische Rat der Staats- und  
99 Regierungschefs, welcher keiner parlamentarischen Kontrolle durch ein Organ der EU  
100 unterliegt.

### 101 **Wir wollen einen gesamteuropäischen Diskurs!**

102  
103  
104 Aufgrund der starken Rolle des Europäischen Rates und der schwachen Politisierung des  
105 Europäischen Parlaments gibt es für die Medien kaum Anknüpfungspunkte für die  
106 Berichterstattung über die Arbeit des Parlaments, kaum kontroverse Themen, die man  
107 aufgreifen könnte. Es fehlt an Personen aus Kommission und Parlament, die Kraft ihrer  
108 Position über maßgeblichen Einfluss verfügen und an denen sich unterschiedliche politische  
109 Vorstellungen festmachen ließen. Erst durch Politiker aber, die abstrakte Politik  
110 transportieren, wird diese für die Bürgerinnen und Bürger greifbar.

111  
112 Dieser Mangel führt zwangsläufig dazu, dass der Fokus der Berichterstattung in erster Linie  
113 auf dem Europäischen Rat und damit nicht auf unterschiedlichen politischen Konzepten,  
114 sondern auf nationalen Gegensätzen liegt. Dieser Blickwinkel jedoch suggeriert,  
115 Nationalstaaten seien monolithische Blöcke, verschleiert die eigentliche Natur von  
116 politischen Entscheidungen und schadet damit dem europäischen Geist. Es ist also die  
117 Struktur des politischen Systems, die die Form des öffentlichen Diskurses bestimmt und  
118 damit die Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit verhindert. **Wir fordern den**  
119 **Bundesstaat Europa, damit wir europaweit gemeinsam darüber diskutieren, welche**  
120 **Wege wir politisch einschlagen wollen.**

### 121 **Wir wollen die Vollendung des europäischen Projekts!**

122  
123  
124 Die Weiterentwicklung der EU zu einem föderalen und demokratischen Bundesstaat ist die  
125 logische Fortsetzung der bisherigen historischen Entwicklung der europäischen Integration.  
126 Die Vernetzung Europas nimmt in gesellschaftlicher sowie wirtschaftlicher Hinsicht immer  
127 weiter zu. Was heute in einem Mitgliedsland entschieden wird, hat demnach immer auch  
128 Auswirkungen auf die Bürgerinnen und Bürger sowie andere Mitgliedsländer. Darüber hinaus  
129 nimmt auch die wechselseitige Abhängigkeit zwischen verschiedenen Politikbereichen, für  
130 die derzeit häufig mal die Mitgliedschaften, mal die EU zuständig sind, immer weiter zu. Nur  
131 die Vereinigten Staaten von Europa mit starken wirtschaftspolitischen Kompetenzen  
132 erlauben es, die vielfältigen Abhängigkeiten bei der Ausgestaltung von Politik zu  
133 berücksichtigen, und das historische Projekt eines europäischen Binnenmarktes zu  
134 vollenden.

135  
136 Auf diese Weise können auch die historisch bedingten ökonomischen und sozialen  
137 Ungleichheiten verringert werden – etwas, was die bloße Existenz eines europäischen  
138 Binnenmarktes nicht zu erreichen vermochte.

139  
140 Die Schaffung eines europäischen Bundesstaates, in dem die Teilstaaten nach dem Prinzip  
141 der Subsidiarität weiterhin über eigene Kompetenzen verfügen, erlaubt es,  
142 Handlungsfähigkeit nach innen und außen, demokratische Strukturen und einen  
143 gemeinsamen Diskursraum, die Wahrung europäischer Vielfalt und einen effektiven Schutz  
144 von Minderheiten auf Basis gemeinsamer Werte miteinander zu verbinden. **Wir fordern den**  
145 **Bundesstaat Europa, um das historische Projekt der europäischen Einigung zu**  
146 **vollenden.**

147  
148 Zweifelsohne wird ein Europäischer Bundesstaat nicht kurzfristig geschaffen werden können!  
149 Es bedarf eines langfristigen aber dennoch stetigen Prozesses, in dem es darauf ankommt,

150 durch markante Teilergebnisse auf einen Europäischen Bundesstaat hinzuwirken. Die  
151 Europa-Union NRW will sich daher in einen dauerhaften Diskurs über die Zukunft Europas  
152 einbringen und ergreift daher folgende konkrete Maßnahmen.

153

154 1. Es wird ein Landesarbeitskreis „Zukunft Europas“ eingerichtet, der sich inhaltlich wie  
155 organisatorisch mit der politischen Positionierung zur Zukunft Europas befasst. Konkret geht  
156 es dabei um die Erarbeitung von politischen Kampagnen zu kurz- oder mittelfristig  
157 erreichbaren Zielen.

158

159 2. Am Standort Aachen soll ein jährlich stattfindender Think-Tank dazu beitragen, mit  
160 Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft über Fragen der Zukunft  
161 Europas in einen Diskurs zu treten.

162

163 3. Themen- und schwerpunktbezogen tritt die Europa-Union NRW an andere Organisationen  
164 heran, um diese als Kooperationspartner zu gewinnen. Erfahrungen in solchen  
165 Kooperationen bestehen bereits mit dem Sozialverband VdK und dem Städte- und  
166 Gemeindebund NRW.

167

168 4. Die Parlamentariergruppe im Landtag und Europa Professionell in NRW sollen mit ihren  
169 jeweiligen Expertisen in den Diskurs über die Zukunft Europas einbezogen werden.

170

171 5. Die Landesvorstände von Europa-Union NRW und JEF NRW tauschen sich stetig aus  
172 über aktuelle Entwicklungen zur Zukunft Europas und erarbeiten möglichst gemeinsame  
173 Strategien zur Zukunft Europas.

174

175 6. Unter dem Motto „Die Zukunft Europas gestalten wir!“ soll den Kreis-, Stadt- und  
176 Ortsverbänden eine Vortrags-/Workshopreihe angeboten werden, die sich global aber auch  
177 zu einzelnen Schwerpunktthemen mit der Zukunft Europas befasst. Die Europa-Union NRW  
178 bietet jährlich nach Möglichkeit eine oder mehrere Schulungen für Multiplikatoren an, um  
179 einen Referenten-/Teamer-Pool aufzubauen und stetig zu erweitern.

180

181 7. Unter dem Motto „Wie wollen wir künftig in Europa leben?“ sollen die Küchentisch-  
182 Gespräche zur Europa-Wahl 2019 darüber hinaus fortgesetzt werden. Die Europa-Union  
183 NRW stellt inhaltliche Fakten- und Diskussionskarten zur Verfügung. Teilnehmende sind  
184 dazu eingeladen, mittels Videobotschaften ihre Vorstellung davon, wie sie künftig in Europa  
185 leben wollen, auf einem Youtube-Channel einzubringen.

186

187 8. Der Landesverband sowie die Kreis-, Stadt und Ortsverbände werden aufgefordert,  
188 konkrete inhaltliche Vorschläge zu machen, welche Schwerpunkte die EU in den nächsten  
189 Jahren setzen muss und diese beim nächsten Landesausschuss einzubringen

190

